

"Europa im Werden" in Rheinischer Merkur (5. Februar 1949)

Quelle: Rheinischer Merkur. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Christ und Welt. 05.02.1949, Nr. 6; 4. Jg. Koblenz: Rheinischer Merkur. "Europa im Werden", auteur:Starckenberghe, van J. , p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Rheinischer Merkur

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europa_im_werden"_in_rheinischer_merkur_5_februar_1949-de-3f05f956-0c16-4d71-a1a4-6651852fbed2.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Europa im Werden

VON J. VAN STARCKENBERGHE

Trotz des ungünstigen Ausgangs der Konferenz des Pariser Studienkomitees für die europäische Einheit haben die Außenminister der Signatarstaaten des Brüsseler Paktes in London die Schaffung eines Europa-Rates und einer europäischen Konsultativ-Versammlung beschlossen. Auch wenn es sich zunächst dabei um gemeinsame Organe der Mitglieder der Westunion handelt, so ist doch bereits eine Einladung an Italien ergangen und auch eine spätere Einbeziehung Westdeutschlands - sobald es nämlich im Besitze einer eigenen Regierung ist - von Außenminister Schuman ausdrücklich gefordert worden. Die damit gefallene Entscheidung zeigt, daß es sich nicht nur um einen Ausbau der Westunion in bezug auf den Atlantik-Pakt handelt, sondern um eine Organisation des europäischen Kontinents, in welche auch nicht bündnisfähige Nationen einbezogen werden sollen.

Der französische Außenminister geht also beharrlich seinen Weg weiter, und das Ergebnis von London bedeutet für ihn einen unbestreitbaren Erfolg. Er hatte schon früher auf die Solidarität der europäischen Völker hingewiesen - und zwar von Siegern und Besiegten - und damit uns Deutschen das vielgeschmähte Ruhrstatut in etwas versöhnlicherem Licht erscheinen lassen, nämlich als Vorleistung. Inzwischen haben bereits französische Politiker ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Internationalisierung von Industriegebieten ihres Landes erklärt. Auch wenn es sich hierbei um private Meinungsäußerungen handelt, so dürfen wir feststellen, daß sich die Umrisse der Organisation unseres Kontinents langsam abzuzeichnen beginnen. Wir müssen aber, so schwer es uns auch fallen mag, genügend Realismus aufbringen, um zu begreifen, daß die Vergangenheit dennoch nicht ausgelöscht zu werden vermag und daß die allmähliche Eingliederung in die europäische Völkergemeinschaft für uns im wahrsten Sinne des Wortes eine Prüfung bedeutet.

Ja, wir müssen die Gegenwart als logische Folge der Vergangenheit zu erkennen versuchen. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion hat die russische Expansion nach dem Westen zur Folge gehabt. Diese Expansion macht eine deutsch-französische Verständigung nicht etwa deswegen nötig, weil unsere Feindschaft „überholt“ wäre, sondern weil unser Kontinent erheblich zusammengeschrumpft ist. Die traditionelle, von Kardinal Richelieu begonnene, französische Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland ist unmöglich geworden, weil es heute kein Rußland, kein Polen und keine Kleine Entente mehr gibt, mit der sie durchzuführen wäre, sondern nur einen Ostblock, der aber seinerseits nicht nur für Frankreich, sondern für ganz Europa die eigentliche Bedrohung darstellt. Angesichts dieses östlichen Kolosses ist der Zusammenschluß der 240 Millionen Westeuropäer eine zwingende Notwendigkeit und die Eingliederung von 45 Millionen Westdeutschen dürfte in diesem Zusammenhang kein unlösbares Problem darstellen.

Mit dieser Erkenntnis jedoch sind die psychologischen und organisatorischen Schwierigkeiten, welche sich einer reibungslosen, praktischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Völker entgegenstellen, noch keineswegs behoben. Wir müssen uns bemühen, sie mit nüchternem Sinn zu erkennen und der Versuchung widerstehen, sie mit gefühlsbetonter Leidenschaft einfach zu überrennen, um dann unserer Enttäuschung in der herkömmlich unpolitischen Weise Ausdruck zu geben. Das Nichtzustandekommen einer gemeinsamen Entschließung des Pariser Studienkomitees hat in der Tat gezeigt, daß zwischen der angelsächsischen und der kontinentalen Demokratie beträchtliche Unterschiede bestehen. Es wird nicht immer leicht sein, einen Ausgleich zu finden, die Einheit will erarbeitet sein.

So hat man bei den Beratungen erkannt, daß die Exekutive in Großbritannien dem Parlament gegenüber einen Vorrang und damit Initiativmöglichkeiten besitzt, die dem Begriff der Volkssouveränität, deren Ausdruck das Parlament auf dem Festland bekanntlich darstellen soll, zu widersprechen scheinen. Die Regierungen Frankreichs oder Italiens, so meinen die Engländer, sind in ihrer Handlungsfreiheit durch die Allmacht der Volksvertretungen und damit der Parteien weitgehend eingeschränkt. Überhaupt ist den Briten das Vielparteien-System vollständig unbekannt. Ihre Regierung fürchtet daher, durch ein gesamteuropäisches Parlament ständig überstimmt und den anderen europäischen Regierungen gegenüber weitgehend isoliert zu werden, da ihres Erachtens die natürlichen - vertikalen - Fraktionen in parteipolitisch-weltanschauliche, gesamteuropäische - aber horizontale - Fraktionen zufallen müssen, was eine

Einflußnahme der Regierungen äußerst schwierig gestalten würde. Sie findet nicht zu Unrecht, daß es den Parlamenten auf dem Festland mitunter an Würde und Sachlichkeit gebricht, sie zögert, sich in ein europäisches Abenteuer zu stürzen, aus dem es für sie kein Zurück mehr geben könnte. Sie fragt sich, ob nicht die kommunistischen Fraktionen, die bekanntlich auf dem Festland mitunter von erheblicher Stärke sind, ein fruchtbares Arbeiten überhaupt verunmöglichen können, von Auskünften an ihre Auftraggeber ganz abgesehen. Daß dennoch bei ihnen auch innerpolitische Gesichtspunkte mitspielen, etwa die Furcht vor der überragenden Rolle eines Winston Churchill, der ja für sie Führer der Opposition ist, oder Bedenken vor den immer liberaler werdenden Wirtschaftsmethoden des Festlandes, die sich mit der Planung der Labour-Leute nicht immer leicht in Einklang bringen lassen, darf man dabei ruhig unterstellen. Aber man kann es den Engländern nicht verdenken, daß sie nicht ohne weiteres bereit sind, ihre erprobten demokratischen Methoden mit den weniger gut funktionierenden des Festlandes zu vertauschen.

Denn es handelt sich insofern um einen Tausch, als das französische Projekt der Konsultativ-Versammlung praktisch schon die organische Einheit Europas voraussetzt. Während nämlich bei den Pariser Verhandlungen die Engländer die Abgeordneten als Vertreter ihrer Regierung auffaßten, der sie allein verantwortlich wären, bezeichneten sie die Franzosen als Volksvertreter, weshalb sie auch von den Parlamenten ernannt werden sollten, so daß sich also, in einer wahrhaft europäischen Volksvertretung auch die auf dem Festland üblichen Methoden automatisch durchsetzen würden. Zwar erkannte auch der französische Vorschlag im ersten Stadium der Versammlung nur einen beratenden Charakter zu, doch können natürlich Abgeordnete nur denen gegenüber Rechenschaft schulden, die sie gewählt haben.

Der Unterschied zwischen der britischen und der französischen Auffassung ist also prinzipieller Natur. Die Engländer wollen die europäische Einheit auf dem Wege über die Regierungen verwirklicht sehen, welche als die den Ländern verantwortlichen Instanzen auch über Art und Maß der Vereinheitlichung Europas befinden können müssen. Die Franzosen dagegen sind bereit gewesen, den Mitgliedern der europäischen Versammlung weitgehende Initiativmöglichkeiten zuzubilligen, über die ja doch, da sie das Recht der Beschlußfassung nicht besitzen, die Regierungen letztlich zu entscheiden haben würden. Es geht hier demnach um den alten Streit der Föderalisten, nämlich um die Frage, ob eine europäische Union von oben, also durch die Regierungen, oder von unten, also durch die „natürlichen Körperschaften“ der Völker, verwirklicht werden soll.

Man hat nun in London eine Kompromißformel gefunden, die das Problem zwar nicht löst und überdies noch der Klärungsarbeit des Studienkomitees bedarf, aber die dennoch europäischen Organen eine Arbeitsmöglichkeit bietet. Dieser Kompromiß besteht darin, daß die Art und Weise der Vertreterwahl sowohl für den Europarat (Ministerialausschuß), dessen Beratungen geheim sind, als auch für die „Beratungskörperschaft“, deren Sitzungen öffentlich sein sollen, den jeweiligen Regierungen überlassen bleibt. Damit ist die Eigenart eines jeden Landes gewahrt, und die Delegierten können sowohl durch die Regierungen als auch durch die Parlamente oder gar durch direkte Wahlen bestellt werden.

Ein Kompromiß bringt immer Nachteile mit sich, weil es eindeutig klare Konzeption verunmöglicht. Die europäische Einheit ist vorläufig noch ein Wunschgebilde, und man muß den englischen Bedenken Verständnis entgegenbringen. Bevin hat wohl die Beratungsmöglichkeiten der Konsultativversammlung eingeschränkt, denn es ist ihr untersagt, sich mit Fragen der Verteidigung zu befassen. Es ist der englischen Regierung überdies möglich, nur solche Delegierte zu entsenden, von denen sie eine Unterstützung der Regierungsziele mit Sicherheit erwarten kann. Da aber das Wichtigste an den Arbeiten der europäischen Konsultativversammlung zunächst ihre psychologische Wirkung sein dürfte, wird auch hier die Praxis den Weg weisen. Jedenfalls ist der erste Schritt zur Verwirklichung der europäischen Union getan, eine Tatsache, deren Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann.